

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

§ 1 öffentlich

Bekanntgaben

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Kreistag hat in der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung am 19.03.2018 keine Beschlüsse gefasst, die bekannt zu geben wären.

Sitzungskalender 2019

Der Vorsitzende informiert, dass auf den Plätzen der Kreistagsmitglieder der aktuelle Sitzungskalender für das Jahr 2019 ausliegt. Im Sitzungskalender wurde der 26. Mai als Wahltag der Kommunalwahlen und der Europawahl berücksichtigt. Des Weiteren wurde auf Bitte der Fraktionen im Februar 2019 eine zusätzliche Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses sowie des Kreistags terminiert, die bei entsprechendem Beratungsbedarf stattfinden.

§ 2 öffentlich

Digitalisierungsstrategie des Landkreises

Vorlage: 2018/530

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Digitalisierungsstrategie des Landkreises zur Kenntnis.

§ 3 öffentlich

Digital Hub Nordschwarzwald: Beteiligung des Landkreises Calw

Vorlage: 2018/504

1. Der Landkreis Calw beteiligt sich als Konsortialpartner am Förderprojekt Digital Hub Nordschwarzwald mit einem einmaligem Kofinanzierungsbetrag in Höhe von 180.000€.
2. Der Kofinanzierungsbetrag für das Förderprojekt Digital Hub in Höhe von 180.000€ ist im Haushaltsplan 2019 zu veranschlagen.

Ja-Stimmen: 41 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 3 - Befangen: 0

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

§ 4 öffentlich

Finanzbericht 2. Quartal

Vorlage: 2018/518

Der Kreistag nimmt den Finanzbericht 2. Quartal 2018 zur Kenntnis.

§ 5 öffentlich

Neufassung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Calw und seiner Ausschüsse

Vorlage: 2018/511

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Calw und seiner Ausschüsse (Anlage 1) zu.

Ja-Stimmen: 44 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 6 öffentlich

Fortführung des Stipendienprogramms des Landkreises Calw für angehende Hausärzte

Vorlage: 2018/524

Das Stipendienprogramm des Landkreises Calw für angehende Hausärzte wird fortgeführt. Die Richtlinien werden dahingehend angepasst, dass die Anzahl der Beihilfeempfänger jährlich um drei Stipendiaten aufgestockt wird.

Ja-Stimmen: 43 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 7 öffentlich

Teilregionalplan Windenergie, Beteiligungsverfahren gemäß Raumordnungsgesetz und Landesplanungsgesetz

Vorlage: 2018/502/1

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung, die Stellungnahme des Landkreises Calw zum Teilregionalplan Windenergie abzuändern und die Gegenargumentation zum Landschaftsbild und Tourismus zu streichen.

Der Kreistag lehnt diesen Änderungsantrag mit 13 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen ab.

Das Gremium nimmt daraufhin die Stellungnahme (Anlage 2) des Landkreises Calw zur Kenntnis, da dieser in der Sitzung des Umweltausschusses bereits mehrheitlich

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

zugestimmt wurde und die Stellungnahme schon versandt ist.

§ 8 öffentlich

Änderung der Schülerklientel der Schule für Kranke

Vorlage: 2018/467

Der Beschulung der neuen Schülerklientel an der Schule für Kranke in Calw-Hirsau wird zugestimmt.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 9 öffentlich

Sanierungsmaßnahmen an der Ludwig-Guttman-Schule, Karlsbad-Langensteinbach

Vorlage: 2018/468

Auf der Grundlage der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aus dem Jahr 1977, zuletzt geändert am 05.05.2016, über den Bau und Betrieb der Ludwig-Guttman-Schule Karlsbad stimmt der Kreistag

1. den geplanten Sanierungsmaßnahmen an der Stammschule der Ludwig Guttman Schule in Karlsbad-Langensteinbach grundsätzlich zu.
2. dem Einplanen der voraussichtlich erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsjahr der Abrechnung mit den Verbundpartnern, voraussichtlich 2023, zu.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 10 öffentlich

Ludwig-Guttman-Schule, Neubau Außenstelle Karlsruhe

Vorlage: 2018/470

Auf der Grundlage der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aus dem Jahr 1977, zuletzt geändert am 05.05.2016, über den Bau und Betrieb der Ludwig-Guttman-Schule Karlsbad stimmt der Kreistag

1. einem Erwerb von Teileigentum für Räumlichkeiten zur Unterbringung der Außenstelle Karlsruhe der Ludwig-Guttman-Schule im Neubau der Reha-Südwest gGmbH in der Kusmaulstraße in Karlsruhe grundsätzlich zu.
2. dem Einplanen der voraussichtlich erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsjahr der Abrechnung mit den Verbundpartnern, voraussichtlich 2021, zu.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

§ 11 öffentlich

Benutzungsordnung Kreisbibliotheken Calw und Nagold

Vorlage: 2018/469

Der Kreistag stimmt der Änderung der Benutzungsordnung und dem dazugehörigen Entgeltverzeichnis der Kreisbibliotheken Calw und Nagold zu.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 12 öffentlich

Einführung eines Bildungsgangs „Kaufmann/-frau im E-Commerce“ an der Kaufmännischen Schule Nagold

Vorlage: 2018/474

1. Der Einrichtung eines neuen Bildungsgangs „Kaufmann/-frau im E-Commerce“ an der Kaufmännischen Schule Nagold wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zustimmung bei der obersten Schulbehörde gemäß § 30 Abs. 1 Schulgesetz zu beantragen.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 13 öffentlich

Einteilung der Wahlkreise für die Kreistagswahl 2019

Vorlage: 2018/505

Der Kreistag beschließt:

Die seit der Kreistagswahl 2004 bestehende Wahlkreiseinteilung des Landkreises Calw wird auch für die Kreistagswahl 2019 beibehalten.

Der Kreistag stellt fest, dass die Zahl der zu wählenden Kreisräte nach § 20 Abs. 2 LKrO (ohne Ausgleichssitze) 44 beträgt.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 14 öffentlich

Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer im Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen in den Amtsgerichtsbezirken Calw und Nagold

Vorlage: 2018/519

Der Kreistag wählt die nachstehenden Persönlichkeiten aus dem Kreisgebiet als

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

Vertrauenspersonen für die beiden Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 bei den Amtsgerichten Calw und Nagold:

Fraktion	AG-Bezirk Calw	AG-Bezirk Nagold
CDU	Gisela Kuhlmann	Gerhard Feeß
	Dietmar Fischer	Andreas Hölzlberger
	Martin Blaich	Ulrich Kallfaß
FWV	Dr. Clemens Götz	Volker Schuler
	Karlheinz Kistner	Hans Kern
SPD	Erich Klemm	Dr. Ursula Uppers
Grüne	Klaus Rohbeck	Bernd Gorenflo

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 15 öffentlich

Jahresabschluss 2017 der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH Vorlage: 2018/497

Der Vertreter der Gesellschafterversammlung der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH (AWG) wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der AWG GmbH, angewiesen, dem Jahresabschluss 2017 zuzustimmen.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 16 öffentlich

Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH Vorlage: 2018/498

Der Vertreter der Gesellschafterversammlung der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH (AWG) wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der AWG GmbH, angewiesen, die Kullen Müller Zinser Treuhand GmbH zum Wirtschaftsprüfer zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der AWG zu bestellen.

Ja-Stimmen: 42 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

§ 17 öffentlich

Jahresabschluss 2017 des Abfallwirtschaftsbetriebs Landkreis Calw Vorlage: 2018/499

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2017

1.1. Bilanzsumme **58.332.904,16 EUR**

1.1.1. davon entfallen auf AKTIVA

- Anlagevermögen 707.021,35 EUR
- Umlaufvermögen 17.029.352,30 EUR
- Kapitalaufbringungsverpflichtung 40.596.530,51 EUR

1.1.2. davon entfallen auf PASSIVA

- Eigenkapital (Jahresgewinn) 1.859.651,00 EUR
- Rückstellungen 56.019.151,45 EUR
- Verbindlichkeiten 454.101,71 EUR

1.2. Jahresgewinn **1.859.651,00 EUR**

- Erträge in Höhe 22.795.348,89 EUR
- Aufwendungen in Höhe von 20.935.697,89 EUR

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der handelsrechtliche Jahresgewinn in Höhe von 1.859.651,00 EUR wird wie folgt dargestellt verwendet:

Jahresgewinn	1.859.651,00 EUR
Verrechnung mit der Kapitalaufbringungsverpflichtung	<u>1.859.651,00 EUR</u>
	<u>0,00 EUR</u>

3. Entscheidung über Gebührenüberdeckung

Die Gebührenüberdeckung aus dem Jahr 2017 in Höhe von 638.439,16 EUR wird vorgetragen.

4. Der Prüfungsbericht der Abteilung Kommunalaufsicht und Revision wird zur Kenntnis genommen.

5. Der Prüfungsbericht der Kullen Müller Zinser GmbH wird zur Kenntnis genommen.

6. Die Betriebsleitung wird entlastet.

Ja-Stimmen: 40 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

§ 18 öffentlich

Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Calw/AWB

Vorlage: 2018/500

Zum Wirtschaftsprüfer zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Calw / AWB wird die Kullen Müller Zinser Treuhand GmbH bestellt.

Ja-Stimmen: 39 - Nein-Stimmen: 0 - Stimmenthaltungen: 0 - Befangen: 0

§ 19 öffentlich

Verschiedenes

Beteiligung Europäische Kulturhauptstadt

Der Vorsitzende informiert, dass die Stadt Pforzheim eine Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025 ins Auge fasst. Der Pforzheimer Presse war zu entnehmen, dass die Region in die Bewerbung einbezogen werden soll, auch was die Finanzierung betrifft. Der Vorsitzende teilt mit, dass er daraufhin Oberbürgermeister Boch und Bürgermeisterin Schüssler gebeten habe, dem Landkreis Calw dieses Projekt erst einmal vorzustellen. Ende Juni habe dann ein Gespräch mit Bürgermeisterin Schüssler stattgefunden, in dem sie das Projekt vorgestellt hat. Damaliger Sachstand sei gewesen, dass die Bewerbung noch vor der Sommerpause abgegeben werden muss und sich die Landkreise Calw, Freudenstadt und Enzkreis mit jeweils ca. 2 Millionen auf fünf Jahre verteilt beteiligen müssten. Er habe in dem Gespräch darauf verwiesen, dass dies zunächst im Gremium diskutiert werden müsse. Vergangenen Donnerstag habe dann Oberbürgermeister Boch die Landräte der Region zu einem klärenden Gespräch eingeladen. Dort habe Herr Oberbürgermeister Boch zugesagt, dass private Unternehmer auf eigene Kosten und ohne finanzielle Beteiligung der Stadt und der Landkreise eine Konzeption erstellen werden. Sie werde bis Sommer/Herbst 2019 fertiggestellt und diene als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Bewerbung. Die Konzeption soll eine Kostenaufstellung enthalten, damit die finanziellen Ausmaße abzusehen sind. Der Vorsitzende sagt zu, diese in den entsprechenden Gremien des Calwer Kreistags zu diskutieren.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass diese Konzeption und möglicherweise eine spätere Bewerbung zu einem Imagewandel der Region führen könnte. Grundsätzlich macht aus Sicht des Vorsitzenden eine Zusammenarbeit in der Region Nordschwarzwald stets Sinn. Die Konzeptionserstellung würde weder eine finanzielle noch moralische Verpflichtung zu einer Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt bedeuten.

Sachstandsbericht Kartellverfahren

Der Vorsitzende legt dar, dass der Bundesgerichtshof mit seinem Urteil am 12. Juli 2018 dem Bundeskartellamt nicht Recht gegeben habe und das Urteil einen Erfolg für das Einheitsforst-

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

amt bedeute. Unabhängig davon, habe das Land Bestrebungen, den Staatswald in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen. Zu dieser Neuordnung wurden von Seiten der Verwaltung viele Gespräche mit Kreisgemeinde geführt bzw. Gesprächsangebote gemacht.

Herr Rau, Leiter des Dezernats Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz, betont, dass die Frage der Forstreform aktuell in der entscheidenden Phase sei und zeigt auf, dass die Anstalt des öffentlichen Rechts keine Dienstleistungen für den Kommunalwald sowie den Privatwald übernimmt. Für die Kommunen gebe es nun drei Alternativen:

- Jede Kommune macht sich komplett selbständig und übernimmt die Betriebsleitung, den Revierdienst sowie den Holzverkauf. Kleinere Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden sind möglich.
- Die zweite Möglichkeit ist ein Körperschaftsforstamt, das alle Belange für den Kommunal- und Privatwald aus einer Hand übernimmt. Alle Kommunen müssten hier mitmachen.
- Als dritte Möglichkeit könnte das Landratsamt den Kommunen gegen Kostenersatz die Betriebsleitung sowie den Revierdienst anbieten. Der Holzverkauf könnte nicht über das Landratsamt abgewickelt werden.

Herr Rau teilt mit, dass die Kreisverwaltung den Kommunen bis Mitte September Angebote für die Betriebsleitung und den Revierdienst unterbreitet. Die Städte und Gemeinden könnten danach auswählen, ob sie eine oder sogar beide Dienstleistungen annehmen. Das Land werde für die Betriebsleitung Zuschüsse gewähren.

Herr Rau schließt mit der Bitte an die Kommunen, im Interesse der Städte, Gemeinden und aller Kolleginnen und Kollegen, zeitnah zu entscheiden, da der Organisationsaufbau beim Kreis oder den Kommunen bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein müsse.

Kreisrat Dr. Prewo möchte wissen, was der eigene staatliche Forstbetrieb des Landes für Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt habe, die bisher für den Staatswald zuständig sind. Herr Rau erklärt, dass sowohl das Land für den Staatswald als auch die weiteren Organisationen für den Kommunal- und Privatwald Stellen schaffen werden. Rund 60 Waldarbeiter und Forstwirte sowie die Kolleginnen und Kollegen im Waldschulheim würden sicher zum Land wechseln. Der Rest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zunächst beim Landkreis verbleiben. Bei rund 10-15 von 150 Personen sei es aktuell nicht klar, wo diese unterkommen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Forst eine sehr gute Arbeit leiste und weiterhin eine vernünftige Bewirtschaftung des Waldes Ziel sein müsse. Er ist der Auffassung, dass es sich mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs um eine verkappte Verwaltungsreform handle.

Medizinkonzeption 2021

Kreisrat Dr. Zoufaly fragt nach, ob der Antrag beim Sozialministerium zur Genehmigung der geänderten Medizinkonzeption gestellt und wie dieser entschieden wurde.

Er weist zudem darauf hin, dass die Verwaltung in einer der letzten Sitzungen von den Kreisräten Büniger und Kistner um die Verschuldungsobergrenze des Landkreises bzw. um ein Finanzierungskonzept zur Neustrukturierung der Kliniken gebeten wurde. Er bittet, dies dem Gremi-

Beschlüsse aus der 21. Sitzung des Kreistags am 23.07.2018

um noch zukommen zu lassen.

Herr Reusch, Leiter des Dezernats Finanzen und Beteiligungen, schildert, dass die Zielplanung für die Generalsanierung und Erweiterung des Krankenhauses in Nagold schon vor einigen Wochen an das Sozialministerium übersandt worden ist. Für Calw werde erst die Entwurfsplanung benötigt.

Der Vorsitzende sagt zu, die Antworten auf die Fragen nachzureichen.

Calw, den 25.07.2018

Sarah Ohngemach